

29.03.2019 – PM 16/2019

Umsetzung der Entsenderrichtlinie

IG BAU: Scholz trägt Verantwortung für Tariftreue

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Stärkung der Tarifbindung durch Staat und Politik. Bei der Umsetzung der überarbeiteten Entsenderrichtlinie in deutsches Recht muss die Tariftreue im Vergaberecht verankert werden, damit Lohndumping nicht auch noch mit Steuergeldern unterstützt wird.

„Es ist sehr zu begrüßen, wenn Bundesfinanzminister Olaf Scholz der Idee, Mindestlohnbetrüger von öffentlichen Aufträgen auszuschließen, gegenüber aufgeschlossen ist. Lohndumping ist kein Kavaliersdelikt. Wer Beschäftigten nicht einmal den untersten Lohn zahlt, schädigt nicht nur die Ärmsten, sondern auch den Fiskus und die Sozialkassen – also uns alle. Ein Ausschluss bei der öffentlichen Vergabe muss hier selbstverständlich werden, damit sich dieser Betrug für die kriminellen Betriebe nicht mehr lohnt“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Vize-Kanzler Olaf Scholz sollte aber nicht bei den Mindestlöhnen stehen bleiben. Vielmehr sollte er sich in der Regierung dafür stark machen, die öffentliche Vergabe endlich daran zu koppeln, dass die Auftragnehmer ihren Beschäftigten Tariftreue zahlen. Spätestens nach der Änderung der Entsenderrichtlinie sind Tariftreue Regelungen bei der öffentlichen Vergabe mit dem EU-Recht zweifelsfrei vereinbar. Die Politik muss die Gelegenheit jetzt bei der Umsetzung der revidierten Entsenderrichtlinie in nationales Recht ergreifen. So kann sichergestellt werden, dass öffentliche Aufträge helfen, der Ausbeutung einen Riegel vorzuschieben.“